Bocholter Volksblatt

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.00, durch Postboten ins Haus gebracht M. 3.42. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. **Geschäftsst.:** Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92). Rhede, J. H. Hams. Anholt, Wilhelm Wolsing.

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 15 Pf., für Auswärtige 20 Pf. Textanzeigen kosten die Kleinzeile 70 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig.

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang | Montag, 3. Februar 1919 | Nummer 27

Neue provisorische Regierung und Nationalversammlung.

Eintritt Bürgerlicher in die neue provisorische Regierung.

Ueber die Konstituierung der neuen Regierung nach Zusammentritt der Nationalversammlung wird der Korrespondenz „Heer und Politik" von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Die bisherige provisorische Regierung der Volksbeauftragten wird der Nationalversammlung nach deren Zusammentritt in Weimar ihre Aemter zur Verfügung stellen, da die Nationalversammlung als die Vertreterin des ganzen deutschen Volkes allein über die Besetzung der Regierungsstellen entscheiden kann, die von den Volksbeauftragten als Provisorium übernommen worden war. Bis zur Wahl eines Präsidenten der Republik wird die Nationalversammlung nur eine neue provisorische Regierung ernennen, die der Zusammensetzung der Nationalversammlung entspricht. Von den bisherigen Mitgliedern der Regierung dürften dem Vernehmen nach wieder Ebert und Scheidemann sowie der frühere Volksbeauftragte Landsberg als unabhängiger Sozialist neu gewählt werden. Es ist fernerhin mit Sicherhet zu erwarten, daß jetzt auch bürgerliche Vertreter in die vorläufige Regierung eintreten werden. Es kommen hierfür Vertreter der deutschdemokratischen Partei und der christlichen Volkspartei in Betracht. Verhandlungen, die mit Mitgliedern dieser zwei grützten bürgerlichen Parteien gepflogen wurden, lassen ein günstiges Ergebnis erwarten. Wir werden demgemäß nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung mit einer rein sozialistischen Regierung, die der Parlamentsherrschaft nicht entsprechen würde, nicht mehr zu rechnen haben.

Die preußischen Wahlen.

Das vorläufige Endergebnis.

TU. Berlin, 1. Febr. Nachdem das Ergebnis aus dem 8. Wahlkreis (Posen) vorliegt, wird sich nach den vorläufigen Meldungen der Wahlkommissare die preußische Landesversammlung folgendermaßen zusammensetzen:

Christliche Volkspartei (Zentrum)	**85 Sitze**
Vereinigte deutschhannoversche und Zentrumspartei	**7 Sitze**
Welfen	**2 Sitze**
Deutschnationale Volkspartei	**48 Sitze**
Deutsche demokratische Partei	**65 Sitze**
Deutsche Volkspartei	**24 Sitze**
Mehrheitssozialisten	**145 Sitze**
Unabh. Sozialdemokraten	**24 Sitze**
Schleswig-holst. Bauerndemokraten	**1 Sitz.**

Berlin, 1. Febr. Das vorläufige Wahlergebnis für die preußische Landesversammlung für Posen liegt jetzt vor: Es erhielten die Deutsche demokratische Partei 29 340, die Deutschnationalen 63 699, die Deutsche Volkspartei 33 280, die Sozialdemokraten 19 745, das Zentrum 8249 Stimmen. Demnach entfallen auf die Demokraten 4 Sitze, auf die Deutschnationalen 9, Deutsche Volkspartei 5, Sozialdemokraten 2 Sitze und auf das **Zentrum** 1 Sitz.

Ein Nachtrag zur Gemeindewahlrechtsverordnung.

WTB. Berlin, 28. Jan. In einer Nachtragsverordnung zur Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 wird im Paragraph 1 folgendes bestimmt werden: Die im Paragraph 11 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918, Reichsgesetzblatt 13-45 festgesetzte Frist von 21 Tagen kann vom Wahlvorstand bezw. der Wahlkommission dahin geändert werden, daß spätestens am 7. Tage vor dem Wahltage die Wahlvorschläge einzureichen sind.

Doppelmandate.

Sowohl in die deutsche Nationalversammlung als auch in die preußische Landesversammlung sind vom Zentrum gewählt: Geh. Justizrat Bell, Hedwig Dransfeld, Arbeitersekretär Koßmann, Landesökonomierat Herold, Geh. Justizrat Marx, Pastor Dr. Mayen und Generalsekretär Stegerwald.

Zentrum und christliche Arbeiterbewegung.

Die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Nationalwahlen haben zwar ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie erkennen lassen, aber trotzdem gezeigt, daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die von links erhoffte sozialdemokratische Mehrheit ist zu Wasser geworden. Auf der anderen Seite hat die Entwickelung seit der Revolution eine starke Zunahme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gezeitigt. In den letzten drei Monaten haben die christlichen Gewerkschaften etwa 400 000 neue Mitglieder gewonnen. Ihre Mitgliederzahl ist auf über 700 000 gestiegen. Ein Beweis, daß das Vertrauen der breiten Arbeitermassen zur christlichen Arbeiterbewegung in ständigem Steigen begriffen ist.

Dieser wachsende Einfluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zeigt sich auch in der starken Vermehrung der Arbeiterkandidaten unter den gewählten Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung. Ueber 20 der gewählten Zentrumsvertreter sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Es sind dies die folgenden Personen: Generalsekretär Stegerwald (Köln), Arbeitersekretärin Teusch (Köln), Redakteur Ollmert (Saarbrücken), Verbandsvorsitzender Wieber (Duisburg), Redakteur Joos (M.-Gladbach), Unterstaatssekretär Giesberts (Berlin), Genossenschaftsdirektor Schlack (Köln), Verbandsvorsitzender Schiffer (Düsseldorf), Eisenbahner Kreutz (Essen), Redakteur Imbusch (Essen), Krankenkassen-Geschäftsführer Joh. Becker (Arnsberg), Arbeitersekretär Gilsing (Bochum), Arbeitersekretär Hagemann (Osnabrück), Arbeitersekretär Blank (Hildesheim), Redakteur Joseph Becker (Berlin), Arbeitersekretär Schlimmer (Danzig), Gewerkschaftssekretär Erhardt (Kattowitz), Redakteur Schirmer, die Gewerkschaftssekretäre Weixler und Tremmel (aus Bayern), Arbeitersekretär Andre (aus Baden). Als weitere Arbeitervertreter in der Zentrumspatei der Deutschen Nationalversammlung kommt noch der Arbeitersekretär Koßmann vom Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) in Betracht. Das sind im ganz 23 Arbeiter-Zentrumsvertreter, die in die Weimarer Nationalversammlung eintreten werden.

Die Sozialisierungskommission

teilt mit: Die Sozialisierungskommission hat um eine Stellungnahme der Regierung zu den Ausführungen des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes gebeten, wonach die Einsetzung der Kommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei, der wesentlich dazu beigetragen habe, die Sozialisierungswut zu entfachen und die Begehrlichkeit anzuspornen. Daraufhin hat der Volksbeauftragte Wissell der Kommission unter dem 28. 1. namens der Reichsregierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Aeußerung des Herrn Staatssekretärs im Reichswirtschaftsamte nicht billigt. Es handelt sich jedoch ausschließlich um die **private Meinung** eines Einzelnen. Daß dieser Leiter des Reichswirtschaftsamtes ist, dürfte keinen Anlaß geben, die Tätigkeit der Sozialisierungskommission, die von der Reichsregierung berufen worden ist, zu beeinflussen. — Das war nicht anders zu erwarten. Die Kommission kann also ihren unheilvollen Einfluß weiter ausüben, bis hoffentlich die Nationalversammlung ein ernstes Wörtchen mitspricht.

Wie lange noch?

Die Wahlen sind erledigt; die Nationalversammlungen für das Reich und die Einzelstaaten scheinen gesichert. Kommen wir nun dem heißersehnten Frieden näher? Dem äußeren Frieden? Das liegt im Schoße der Götter oder vielmehr der Ententeleute, die sich uns gegenüber fühlen und geben so ungefähr, wie Götter. Und wie steht es mit den Aussichten für den **inneren Frieden?** Ja, wenn die Spartakusgruppe bald verschwindend klein und machtlos würde, wenn die Mehrheitssozialisten nach dem Programm vorgehen würden, das sie hierzulande in den Wahlkämpfen verkündigt, und so wie sie es ausgelegt haben — wir müssen achtgeben —, wenn weiter die Streikseuche erlöschte unter den Industriearbeitern und diese bald, bald anfingen, etwas kaufmännisch zu denken und zu rechnen und ihre Lohnforderungen auf den Rahmen der Möglichkeit beschränkten, und wenn endlich das ganze deutsche Volk Brudergeist und Bruderzwist und Bruderverketzerung aufgäbe und einmütig und stark moralisch Front machte gegen die Landesfeinde, dann könnten wir Schritt vor Schritt dem inneren Frieden näher kommen und dadurch auch den äußeren fördern. **Moralischen Widerstand** müssen wir leisten gegen jeden Versuch der Knechtung und Vergewaltigung. Was soll das heißen, wie kann es geschehen? Darüber ein Wort.

Mit großer Brutalität geht die Entente gegen das deutsche Land vor; Schlag auf Schlag teilt sie aus, um unser Volk zum Krüppel zu schlagen. Ein Keulenschlag gegen unser Heer und Heeresgut war die Kürze der Rückzugsfrist, ein Keulenschlag gegen die Flotte die Ablieferung der Kriegsschiffe, ein Keulenschlag gegen unser gesamtes Wirtschaftsleben die übermäßige Forderung von Lokomotiven, von Eisenbahn- und Kraftwagen, ein Keulenschlag gegen persönliche und wirtschaftliche Freiheit die Besetzung des linken Rheinufers, ein Keulenschlag nach dem andern und — was fast noch trauriger ist — die Mehrheit unseres Volkes nimmt all die Keulenschläge an mit einer Gefühlslosigkeit, die fast an Fatalismus grenzt. Wie lange noch? Blutiger Hohn ist es, wenn jene, die für Freiheit und Menschlichkeit zu kämpfen vorgeben, grausame Forderungen stellen und dann bei Nichterfüllung des Unmöglichen neue schwere Bußen auflegen. Wo und wann ist es sonst vorgekommen, daß sie die Völker beschimpft und verleumdet haben in dem Moment, wo sie den Kampf aufgeben, Waffenstillstand schließen und über Frieden verhandeln? Heute geschieht es von seiten der Entente, die nicht aufhört, mit unerhörter Unverschämtheit das Kriegsgeschimpfe gegen Deutschland fortzusetzen. Deutschland erklärt sich bereit, vorgekommene Gesetzwidrigkeiten gut zu machen, wenn eine unparteiische Untersuchung auf beiden Seiten stattfindet. Die Entente wirft sich in die Brust und antwortet: „Der Verbrecher — Deutschland — fordert ein Gericht in dem Augenblick, wo man ihn züchtigen will, das ist der Gipfel der Unverschämtheit"; so antwortet die Vertreterin des Rechts. Jeder Verbrecher hat das Recht, Beweise zu fordern für Anschuldigungen, Gegenklage zu erheben und die Gegenpartei vernehmen zu lassen, Deutschland soll dieses Recht nicht haben. Wilson verkündigt es aller Welt, Amerika und die Entente kämpften für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Schutz der nationalen Minderheiten und doch darf Frankreich das Elsaß annektieren und französieren und alles Deutsche gewaltsam ausrotten vor der Volksabstimmung und vor Friedensschluß, dürfen die Verbündeten der Entente, die Polen, sich die schlimmsten Uebergriffe gegen die Deutschen erlauben. Die Entente kämpft für das Völkerrecht, und die brutalste Vergewaltigung des Völkerrechtes, die je geschehen ist, die Hungerblockade gegen das wehrlose Deutschland, bleibt auch nach Abschluß des Waffenstillstandes noch bestehen. Niemals im Laufe der Jahrhunderte ist ein strebsames und ehrliches Volk so verächtlich gemacht und so geknebelt, wie jetzt das deutsche Volk, in der **tiefsten nationalen Trauer** müßte jung und alt dastehen und mit **Zähneknirschen** sich erheben gegen die Barbaren, die ein 70-Millionen-Volk zur Sklaverei erniedrigen wollen, aber es geschieht nicht. Scheinbar gleichgültig lebt der größte Teil des Volkes in den Tag hinein ohne Sorge um die Zukunft, ohne rechtes Verständnis für die nationale Ehre. Wie lange noch? Wenn das unerbittliche Vorgehen unserer Feinde wenigstens die Frucht zeitigte, daß im Innern Einmütigkeit unter unserem Volke entstünde — so ist es doch sonst, wenn verschiedene Menschen oder Menschengruppen dieselben Interessen gefährdet sehen — aber nein; statt sich gegen den Feind zu kehren, steht in unseligem **Bruderzwist** der eine gegen den anderen, das Heer gegen den Kaiser, der Kaiser gegen das Heer; die Sozialdemokraten messen dem Bürgertum die Schuld am langen Kriege bei und dieses beschuldigt die Sozialdemokratie wegen des unglückseligen Friedensschlusses; die frühere Reichsregierung will die Schuld abwälzen auf die militärische Führung und diese auf die Reichsregierung. Die Stadt findet die größten Wucherer auf dem Lande und das Land die größten Sünder in der Stadt. Ist es klug, sich gegenseitig so zu zerfleischen? Nein und abermals nein, es muß nun endlich die **Verketzerung aufhören,** die Verketzerung unseres ehemaligen Kaisers; er ist von seiner Umgebung (Hintze, Hauptquartier) genötigt, ins Ausland zu gehen, er ist gegangen in der festen Ueberzeugung, das ganze Heer habe ihn verlassen und es sei ein Hindernis für den Friedensschluß, wenn er im Lande zurückbleibe. Das Märchen, der Kaiser sei feige geflohen, hat nun genug Disziplin zerschlagen und noch immer wird es kolportiert und geglaubt und die sich darob ins Fäustchen lachen, das sind unsere Feinde im Ausland und jene Unruhestifter im Innern, die ihre schmutzigen Parteiinteressen suchen und nicht das Wohl des Volkes. Aufhören muß nun auch die Verketzerung des Offiziersstandes. Das mangelhafte System wird von der Volksvertretung endgültig beseitigt werden, die persönlich schuld haben, werden zur Verantwortung gezogen, wenn die Sache geklärt und spruchreif ist, aber die pflichtgetreuen Offiziere haben wir notwendig, wie das tägliche Brot, um Ordnung zu schaffen und zu halten im Inland und an der Ostgrenze.

Die Vorgänge in Bremen.

Widerspenstigkeit der Spartakisten. — Die Hamburg-Bremer Verbrüderung.

WTB. Bremen, 1. Febr. Der Vorsitzende des 9. Armeekorps Poll teilt mit: Falls morgen Noske nicht sofort die Truppen von Bremen zurückzieht, wird das ganze 9. Armeekorps mobil gemacht, und außerdem die ganze Arbeiterschaft aufgerufen, gegen die Regierung zu ziehen. Als Verhandlungsbasis stellt der Rat der Volksbeauftragten folgende neue Richtlinien auf: Waffenabgabe der Arbeiterschaft an Regiment Nr. 75; Regiment Nr. 75 übernimmt Sicherheit in Bremen. Der Rat der Volksbeauftragten sorgt für Ruhe und Ordnung und duldet in Bremen keine Regierungstruppen (Eiserne Division). Lebensmittelschiffe werden nicht behindert, falls Noske sein Vorhaben aufgibt.

Gegen die Waffenabgabe an das Regiment Nr. 75 würde Noske wohl keinen Widerspruch erheben. Bei der angedrohten Mobilisierung des Regierungskorps ist zu bedenken, daß der größte Teil der deutschen Armee inzwischen demobilisiert ist, ausgenommen den vorhandenen Soldatenrat, dürfte der Mannschaftsbestand des 9. Aemrekorps kaum viel größer sein, als der soeben in die Heimat entlassene, einst in Berlin stationierte Bestand des 3. Armeekorps.

Keine amerikanische Hilfe für Bremen unter den jetzigen Zuständen.

Bremen, 29. Jan. In den letzten Tagen weilten Frau Harrison aus Newyork und Herr Gordon Stiles aus Chikago, die mit Briefen des Präsidenten Wilson reisten, hier, um sich über die Nahrungsmittelverhältnisse, die Verhältnisse am Rohstoffmarkte und die politischen Verhältnisse in Bremen auf das Eingehendste zu erkun-

hätten. Senator Börners hatte Gelegenheit, ihnen an Hand von Statistiken über Sterblichkeit und Zunahme der Krankheitsfälle die verheerende Wirkung der Unterernährung zu schildern. Schließlich gelang es ihm auch, die beiden amerikanischen Beauftragten mit führenden Männern des Baumwollhandels zusammenzubringen, um durch diese die Notwendigkeit, Rohstoffe zu erhalten, darzulegen. Sowohl Frau Harrison, wie Herr Gordon Stiles schienen völlig überzeugt zu sein von der Notwendigkeit, Deutschland und Bremen zu helfen. Herr Gordon Stiles betonte aber mit großem Nachdruck, daß er für Amerika zu erklären habe, daß Amerika weder ein Lot Nahrungsmittel noch ein Pfund Baumwolle oder andere Rohstoffe senden würde nach einem Staate, der nach spartakistischen oder kommunistischen Tendenzen regiert mitteln oder Baumwolle zu erhalten, wenn nicht werde. Bremen werde nicht die geringste Chance haben, auch nur irgend etwas an Lebensvöllig geordnete Verhältnisse in Bremen baldigst hergestellt würden. Er hatte den dringendsten Wunsch, den Männern, die jetzt im Rathause sitzen, den Ernst der Lage auseinander zu setzen und bat nachdrücklichst, ihn persönlich mit Herrn Henke in Verbindung zu bringen. Aber weder Herr Henke, noch sein Vertreter war zu erreichen. Da die beiden Amerikaner kurz darauf nach Berlin fuhren, ist Herr Henke ersucht worden, ihnen nachzureisen, um den Ernst der Lage Bremens zu schildern.

WTB. **Wilhelmshaven**, 31. Jan. Der Präsident des Freistaates Oldenburg, **Kuhnt**, und der Chef des Sicherheitswesens, **Dorn**, sind auf vier Wochen beurlaubt. In der Bevölkerung wird angenommen, daß dies eine Folge der letzten Unruhen ist und beide auf ihre Posten nicht wieder zurückkehren werden. Wilhelmshaven ist ruhig. **Die Entwaffnung der Arbeiter ist nahezu durchgeführt.** Bei dem Anschlag der Kommunisten gegen die Reichsbank wurden im ganzen 7½ Millionen Mark in Gold geraubt. Das Geld ist bis auf 400 000 Mark zurückerstattet worden. An dem Handstreich der Kommunisten waren im ganzen 50 Personen beteiligt.

WTB. **Hamburg**, 1. Febr. Der große Arbeiterrat von Hamburg nahm heute mit 232 gegen 206 Stimmen eine Entschließung Dr. Dentenbergs an, in der er sich mit der Bremer Arbeiterschaft solidarisch erklärt und das vom hiesigen S.-Rat an die Reichsregierung gestellte Ultimatum bekräftigt und unterstützt, die auf Bremen vorrückende Division sofort zurückzuziehen. Der große A.-Rat erwarte von dem S.-Rat des 9. Armeekorps, daß er unverzüglich alle durch die Umstände gebotenen militärischen Maßnahmen ergreift. Er verlangt 1. die sofortige Sicherung der Anmarschstraße; 2. Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden; 3. Besetzung des Hafens und Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittel; 4. die Unterstützung Bremens mit allen militärischen [illegible].

Die Lage an der Wasserkante.

Berlin, 1. Febr. **Die Anwendung der Reichsexekutive gegen die terroristischen Spartakusleute in Bremen war den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten zufolge erfolgreich. Der Einmarsch der Truppen habe nicht nur in Bremen, sondern auch in Hamburg und Wilhelmshaven heilsam gewirkt.**

Bankerott eines radikalen Stadtregiments.

Die Bremer Mehrheitssozialisten, die von den Unabhängigen und Kommunisten aus dem A.- und S.-Rat ausgeschlossen waren, stehen jetzt nach dem Beschluß der letzteren, durch die Wahl eine Regierung einzusetzen, vor der Frage, ob sie schon vor der Wahl sich an der Zwischenregierung beteiligen sollen. In einer großen Versammlung nahmen sie dazu Stellung. Nach langer Debatte faßte der Vorsitzende Deichmann die Auffassung der Versammlung dahin zusammen:

„Wir sollen uns jetzt vor den verfahrenen Karren spannen und die Schutztruppe bilden, um die Führer der U. S. auf ihrem Thron zu halten. Wie stehen denn die Dinge? Wir sind von vornherein gegen die Absetzung des Senats gewesen, weil der Senat nicht nur repräsentiert, wie ein König oder Herzog, den wir hätten absetzen können, sondern weil er zugleich praktische Arbeit leistet, die nicht sofort ersetzt werden konnte. Als man den Senat abgesetzt hatte, bat man ja dann die Herren auch, weiter im Amte zu bleiben. Dann wurde vor einiger Zeit der Senat zum zweiten Male abgesetzt — dreimal ist Bremer Recht, und vielleicht kommt es auch zum dritten Male — und da ist man von den einzelnen Volkskommissariaten dann in aller Stille an die Herren vom Senat herangetreten und hat sie gebeten, doch weiter mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen. (Hört, hört!) **Jetzt ist es denn so weit, daß, wenn nicht schleunigst Wandel geschaffen wird, wir die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr auszahlen können.** Vielleicht kommt es zu Ratenzahlungen. Die erhöhte Arbeitslosenunterstützung wird wahrscheinlich vorerst nicht zur Auszahlung gelangen können. Es kommt hinzu, daß ein Teil der Arbeitslosen nicht arbeiten will. **Es sind 800 Stellen bei auskömmlichen Löhnen für Notstandsarbeiten zu besetzen. Kein Mensch will arbeiten. Jetzt will man die Mehrheitssozialisten wieder anerkennen. Wir sollen die Unterstützungssätze erniedrigen, sollen für das notwendige Geld sorgen, wir sollen diejenigen, die nicht arbeiten wollen, an die Arbeit bringen. . . . Stellen Sie sich diese Riesenarbeit einmal vor und betrachten Sie sie dann von der politischen Seite. Bei den vielen kommenden Wahlen soll es dann heißen: „Seht, so sehen die Mehrheitssozialisten aus. Sie drücken die Sätze mehr herab, als es je eine kapitalistische Regierung getan hat!" So sehr mir eine Einigung der gesamten Arbeiterschaft am Herzen liegt: hier gibt es nur eine reinliche Scheidung, einen Kampf bis zum Aeußersten, bis wir oben sind."**

Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Systems vor allem in den Gemeinden wird sich sehr bald auch noch anderswo bemerkbar machen. Es ist so außerordentlich leicht, alle möglichen angeblichen Verbesserungen einzuführen, aber so unendlich schwer, die Dinge gleichzuhalten. Friedrich II. meinte, es sei leichter, drei Schornsteine zu bauen, als einen warm zu halten.

Spartakusbesuch in Wesel.

Wesel, 29. Jan. Eine Anzahl Spartakusleute aus Hamborn zog gestern nachmittag nach Wesel und hielt hier eine Versammlung ab, die von etwa 300 Personen besucht war. Die Spartakisten würden, so hieß es in der Versammlung, dafür sorgen, daß die Nationalversammlung in Weimar nicht zustande komme und sie eventuell mit Waffengewalt verhindern. (!) Es wurde dann beschlossen, einen Teil des Weseler Arbeiterrates abzusetzen. Die Hamborner Redner führten aus, wenn die Weseler Bevölkerung den Hamborner Spartakisten nicht das Rückgrat stütze, würden sie Gewalt anwenden und mit 1000 Mann wiederkommen. Ferner drohten sie, den Bewohnern Wesels die Kohlenzufuhr zu entziehen.

Weiter wird gemeldet: Infolge der bestehenden Gefahr großer spartakistischer Unruhen in Wesel hat die gesamte Weseler Eisenbahnbeamten- und Arbeiterschaft einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen und den ganzen Eisenbahnbetrieb einzustellen, falls der Bahnhof gelegentlich solcher Unruhen von Spartakisten besetzt würde.

Vom Waffenstillstand zum Frieden.

Die Lage auf dem rechten Rheinufer.

Duisburg, 31. Jan. Auf gestern vormittag hatte **Regierungspräsident Kruse** Vertreter der Handelskammern seines Bezirks zu einer Besprechung über den Stand der Demobilmachung und der Arbeitslosigkeit sowie über den Verkehr mit dem besetzten Gebiet in die Handelskammer zu Duisburg eingeladen. In der ausgedehnten Besprechung ergab sich u. a. die Tatsache, daß **insbesondere die Zechen des rechtsrheinischen Gebiets** noch in der Lage sind, vielen Tausenden von **Arbeitswilligen Beschäftigung** sowohl über als unter Tage zu bieten. Die lebhaftest. Klagen wurden **dagegen aus der Versammlung** über die Absperrung des besetzten Gebiets von dem übrigen Deutschland geführt. Es wurde beschlossen, an den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, **Herrn Staatssekretär Erzeberger**, nachstehende Telegramme zu richten:

„Durch die Verbote und Erschwernisse der Ausfuhr von der linken nach der rechten Rheinseite ist die Lage der linksrheinischen Industrie derart kritisch geworden, daß sie gezwungen sein wird, zahlreiche Betriebe bald still zu legen und daß damit der wirtschaftliche Zusammenbruch der linken Rheinseite eintritt, während die linksrheinischen Erzeugnisse auf der rechten Rheiseite durchweg dringend benötigt werden. Eine andere Stellungnahme der Entente zu der Ausfuhr der linksrheinischen Industrie muß daher schnellstens erreicht werden. Es muß gestattet sein, daß die Unternehmungen die Tageserzeugung unter Aufrechterhaltung des Bestandes vom 15. Januar absetzen dürfen; werden die Erzeugnisse von der Entente nicht gekauft, so müssen sie nach der rechten Rheinseite geliefert werden können. Im übrigen müssen unter Fortfall der Liste zur Ausfuhr grundsätzlich verbotener Güter die Formalitäten für die Freigabe der Güter möglichst vereinfacht werden. Bitten Ew. Exzellenz, diese dringenden und wichtigen Wünsche mit allem Nachdruck zu vertreten."

„Das wirtschaftliche Leben im besetzten Gebiete wird den Handel- und Gewerbetreibenden des linken Niederrheins u. a. dadurch erschwert, daß ihnen die Benutzung des Fernsprechers nicht oder nur in unzureichendem Maße gestattet wird. Bitten Ew. Exzellenz dafür einzutreten, daß die Entente den Fernsprechverkehr denjenigen Handel- u. Gewerbetreibenden des besetzten Gebietes sowohl innerhalb dieses Gebietes als auch mit dem unbesetzten Gebiete gestattet, die durch Ausweis der Handelskammer dartun können, daß sie des Fernsprechers in ihrem Geschäftsbetrieb dringend bedürfen und daß sie politisch unverdächtig sind."

Hindenburg über General von Winterfeldt.

WTB. **Berlin**, 1. Febr. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** nach mündlichem Vortrage des Generals v. Winterfeldt dessen Auffassung gebilligt, daß er unter den gegebenen Verhältnissen nicht auf seinem Posten in Spaa bleiben kann. Der Feldmarschall äußerte: Niemand kann das Fortgehen dieses trefflichen vornehmen Mannes, der durch die Lauterkeit seines Wesens und das würdige Auftreten selbst auf unsere haßerfüllten französischen Gegner gewirkt hat, mehr bedauern als ich. Aber ich kann mich den Gründen des Generals v. Winterfeldt nicht verschließen. Die Ankündigung des Rücktritts hat zweifellos auf alle Mitglieder der Waffenstillstandskommission einen starken Eindruck gemacht; sie werden in diesem Sinne berichten und dadurch mehr als bisher die Aufmerksamkeit auf das rigorose Vorgehen und die immer neuen Vergewaltigungen der Franzosen lenken.

Elsässische Truppen für Straßburg.

WTB. **Berlin**, 31. Jan. Nach der „Nationalzeitung" werden die französischen Truppen in Straßburg durch **rein elsässische Formationen** mit elsässischen Offizieren ersetzt.

Der Papst und das italienische Garantiegesetz.

WTB. **Berlin**, 31. Jan. „Oeuvre" vom 28. Januar erfährt aus absolut sicherer Quelle, daß der Papst bei seiner Unterredung mit Wilson diesen gebeten habe, dahin zu wirken, daß das italienische Garantiegesetz bezüglich der Souveränität des Päpstlichen Stuhles **als eine Magna Charta von allen Staaten anerkannt werde**, damit der Papst nicht auf den guten Willen Italiens allein angewiesen sei.

Schwere Erkrankung der Königin von Bayern.

WTB. **München**, 31. Jan. Das Befinden der früheren Königin von Bayern, Marie Therese, das in den letzten infolge geringer Nahrungsaufnahme sich sehr verschlimmert hatte, hat in der letzten Nacht eine Wendung genommen, die das schlimmste befürchten läßt.

Die Lage im Osten.

Die Niederlage der Ententetruppen in Nordrußland.

Helsingfors, 1. Febr. Von Archangelsk hatten die amerikanisch-russischen Truppen auf ihrem Vormarsch gegen Wjatka bereits Kotlas erreicht. Gleichzeitig rückten die Truppen des Admirals Koltschak nach ihrem Siege bei Perm gegen Wjatka von Osten vor. Die amerikanisch-russische Armee wurde 250 Kilometer nördlich von Kotlas geschlagen und zum weiteren Rückzug gezwungen.

Helsingfors, 1. Febr. Aus Haarborg wird berichtet, daß Trotzki am Tage nach der Eroberung von Narwa den Befehl gab, die verlorene Stadt durch Sturm wieder zu erobern. Die Rätetruppen weigerten sich unter dem Vorwand, nicht genügend Artillerie zu haben und den Finnländern, die Narwa schützten, nicht gewachsen zu sein. Darauf reiste Trotzki nach Petersburg ab und kehrte mit Hilfstruppen und schwerer Artillerie zurück. Die Truppen erhielten den Befehl, Narwa zu stürmen und noch im Laufe dieser Woche zurückzuerobern. Hierzu wurde aus Narwa berichtet, daß die **Rätearmee Narwa bombardiert.** — In der Nähe von Dorpat haben die Bolschewisten Streitkräfte in Stärke von 5000 Mann zusammengezogen.

Helsingfors, 1. Febr. Wie „Wetschernaja Shisn" erfährt, soll Trotzki eine reinmilitärische Diktatur anstreben, und sich von Lenin trennen wollen. Diese Gerüchte gehen von den Bolschewisten nahestehenden Kreisen aus.

WTB. **Berlin**, 1. Febr. Das Auswärtige Amt teilt mit: Die in der Presse gebrachten Nachrichten aus Wien und Rotterdam, wonach Brest-Litowsk von den Bolschewisten besetzt sein soll, entsprechen nicht den Tatsachen. Brest-Litowsk, über das der Transport der Truppen aus der Ukraine stattfindet, ist nach wie vor in unserer Hand.

(!) Die Wahrheit über den Oberschlesischen Kohlenstreik. Der Einfluß des Kohlenstreiks im Oberschlesischen Kohlenrevier auf die Beförderung werden folgende Zahlen verdeutlichen: In der Woche vom 20.—26. Januar streikten täglich 30—40 Gruben, anfangs dieser Woche noch 29, die Zahl wird gegenwärtig noch etwas zurückgegangen sein. Von einer Beendigung des Streikes ist jedoch noch keine Rede. Die Förderungsziffern waren vom 13.—17. Januar täglich 82 000 Tonnen, gegen eine normale Schichtförderung von 140 000 Tonnen. Am 18. Januar ging die Förderung bereits auf 58 000 Tonnen zurück. Am 20. Januar (das war der Tag, wo allgemein durch die Presse verbreitet wurde, daß der Streik so gut wie erloschen sei) betrug die Förderungsziffer nur noch 32 000 To., am 21. Januar 36 000 To., am 22. Januar 40 000 Tonnen, am 23. Januar 43 000 Tonnen. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, jedoch ist anzunehmen, daß die Durchschnittsförderung zwischen dem 13. und 14. Januar, also 82 000 Tonnen, noch längst nicht wieder erreicht ist, von der normalen Förderungsziffer der Kriegsperiode von 140 000 Tonnen ganz zu schweigen. **Es kann darum nicht dringlich genug darauf hingewiesen werden, daß durch die Streiks der** Bergarbeiter der Ruin des deutschen wirtschaftlichen Lebens und damit auch die Katastrophe für die deutsche Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Beschwichtigungsnachrichten, wie sie leider ständig durch die Presse verbreitet werden, sind völlig unangebracht.

Westfalen und Rheinland.

* **Münster**, 2. Febr. Das Banditenwesen scheint auch in der Umgebung Münsters sich auszubreiten. Wie berichtet wird, kamen in der Nacht zum Donnerstag zu dem Landwirt Huesker auf Lüttlenbeck 8 mit Revolvern bewaffnete Infanteristen, die unter Drohungen Einlaß begehrten. Der Gewalt weichend, gab der alte Mann mit seinem Sohne den verlangten Einlaß, ebenso setzte er ihnen Speise und Trank vor. Aber das war der Bande nicht genug. Unter Hinweis auf ihre Waffen unterzogen sie alle Räume einer Untersuchung, raubten aus dem Schlafzimmer 1000 Mark und nahmen auch an Butter, Schinken und Speck mit, was sie vorfanden. Dann verließen sie das Haus, indem sie dem Bauer drohten, sie würden wiederkommen, und ihm sein Haus anzünden, wenn er etwas sagen sollte. Der Fall ist zur Anzeige gebracht. Hoffentlich gelingt es, diese Schandbuben festzunehmen und einer exemplarischen Bestrafung zuzuführen.

* **Ibbenbüren**, 31. Jan. Wie in anderen Städten, beabsichtigt das Amt Ibbenbüren demnächst die Einrichtung einer Säuglingsfürsorge- und Mutterberatungsstelle. Vom Kreise ist für die Errichtung eine einmalige Beihilfe von 700 Mark und eine jährliche Beihilfe von 500 Mark bewilligt. — Die **ansteckenden Krankheiten** sind in hiesiger Gemeinde wieder zahlreicher geworden. Es handelt sich in der Hauptsache um Scharlach und Diphtherie. Die Betroffenen sind fast alle in Krankenhausbehandlung.

* **Bochum**, 1. Febr. **Ein Ersuchen um bessere Kartoffelbelieferung** von Bochum beantwortete der Vorsitzende des Kreisausschusses in Osterburg (Lieferungskreis) wie folgt:

„Eine vermehrte Kartoffellieferung nach dort kann vorerst noch nicht erfolgen, da dem hiesigen Kreis Notstandslieferungen aufgegeben sind, die zunächst erfüllt werden müssen und wegen der schlechten Witterung jetzt nur wenig Kartoffeln verladen werden. Auch muß ich ablehnen, die rheinisch-westfälischen Bedarfskreise bevorzugt zu beliefern, da die **Kohlenlieferung von dort** jetzt so mangelhaft ist, daß die Folgen davon für den dringenden notwendigen Ausdrusch, den Hufbeschlag und den Hausbrand noch nicht zu übersehen sind. Es wäre sehr dankenswert, wenn die rheinisch-westfälischen Industriestädte auf die Bergarbeiter einwirken und ihnen klar machen könnten, wie es steht, wenn die **Landwirte wegen Kohlenmangel** nicht mehr in der Lage sind, zu dreschen, die Ackerpferde mit Winteressen zu versehen und wenn sie im Kalten sitzen müssen."

WTB. **Wesel**, 31. Jan. Nach einer Verfügung der Regierung ist die Stadt Wesel an Stelle der Stadt Bremen als **Zentralpunkt zur** ersten Aufnahme der aus dem Auslande kommenden **Zivilgefangenen** bestimmt. Zur Unterbringung der Ankömmlinge ist die 43er-Kaserne regierungsseitig zur Verfügung gestellt worden. Ein zweiter Transport von 600 Personen, Frauen und Kindern, ist eingetroffen. Nach einer Meldung aus Rotterdam ist aus London die Nachricht eingegangen, daß die Einschiffung von 20- bis 22 000 deutschen Zivilgefangenen zurzeit erfolgt und in allernächster Zeit in Deutschland erwartet werden können. Vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin wird das Weseler Rote Kreuz zur Aufnahme der Zivilgefangenen tatkräftig unterstützt. Die Linienkommandantur stellt, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, Sonderzüge zum Abtransport der Ankömmlinge in ihre Heimat.

* **Köln**, 30. Jan. **Englisches Kriegsgericht.** Ein elektrischer Wagen hatte am Staatsbahnübergang in Nippes, da die Schranken geschlossen waren, viel Aufenthalt. Die meisten Insassen kamen infolgedessen zu spät nach Hause. Alle müssen 10 Mark bezahlen. — Zu einem Angestellten sagte der Dolmetscher: „Sie haben 10 Mark zu bezahlen, und wenn Ihr Chef Sie zurückhielt, muß er das Geld ersetzen." Infolge eines Eisenbahnunfalles wollte ein junger Mann heftige Asthmaanfälle bekommen haben, die ihn hinderten, um neun Uhr zu Hause zu sein. Der Urteilsspruch lautete: „Sie bezahlen 10 Mk., wenn Sie Asthma haben, bleiben Sie abends daheim." Zwei Fässer Benzol hatte für seine Automobilzwecke ein hiesiger Metzgermeister bestellt; man lieferte ihm außerdem noch 40 Liter, welch letztere Eigentum der britischen Behörde waren. Die Strafe war 5000 Mark. Ein als Zeuge auftretender Bäckermeister, der an der Abgabe der 40 Liter beteiligt schien, wurde im Gerichtssaal festgehalten, gegen 5000 Mark Kaution aber später entlassen. — Zwei Monate Zuchthaus muß ein verhafteter Arbeiter absitzen, weil er aus einer vor der Bahnhofskommandantur stehenden Kiste Tee entnahm. Man nahm angesichts der Persönlichkeit des Angeklagten an, daß er nicht das erste Mal solche Raubzüge mache.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 3. Februar 1919.

:: **Auszeichnung.** Herrn Rektor **Ohlenschläger** wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

r. **Ein frecher Diebstahl** wurde am Freitag Morgen zwischen 10 und 11 Uhr verübt. Ein Mann schlich sich ohne Holzschuhe in eine Wohnung und stahl ein größeres Paket mit Futterstoffen.

r. **Wieder zwei Fahrraddiebstähle.** Am Freitag nachmittag wurde einem Kriegsbeschädigten sein Adlerfahrrad, das er vor kurzer Zeit an dem Stadtbauamte hingestellt hatte, gestohlen. Das Rad hat eine feststehende Trittkurbel. — Das zweite Rad wurde am Samstag nachmittag unter dem Rathause, also unter den Augen der Polizei, gestohlen. Demnach scheinen es die Fahrradmarder hauptsächlich auf die Räder vor Amtsgebäuden abgesehen zu haben. Vorsicht ist jedenfalls sehr am Platze.

p. **Ein schweres Schwein,** welches nicht vorschriftsmäßig beim Lebensmittelamte angemeldet war, wurde beschlagnahmt. Ueberhaupt fielen unseren Sicherheitsorganen eine Menge Lebensmittel in die Hände. So beschlagnahmte eine militärische Sicherheitspatrouille am Bahnhof kurz vor Abfahrt des Zuges **Fettwaren** wie Speck, Talg, Butter, Margarine usw., die ein Mann nach auswärts ausführen wollte. Die Sachen sind alle im Schleichhandel unter ganz erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise erworben worden. Ferner wurden bei einer Haussuchung 54 Pfund Erbsen vorgefunden und beschlagnahmt. Auch wurde ein hiesiges Geschäft ermittelt, in dem 5 Pfund Landbutter, 2 Pfund Margarine und 5 Pfund Schmalz unter Ueberschreitung der Höchstpreise an Auswärtige abgegeben worden waren. So wurde für die Butter pro Pfund 26 Mark, für Schmalz 25 Mark verlangt und bezahlt. Die Sachen verfielen ebenfalls der Beschlagnahme.

n. **Den Bocholter Arbeitern** droht eine neue Schädigung. In **Hamborn** legten am Mittwoch die Bauarbeiter die Arbeit nieder und zwangen am Freitag die Arbeiter verschiedener Firmen, wie Grün und Bilfinger, Holzmann (Walsum) u. a., die sich in der Hauptsache aus Bocholtern zusammensetzen, zum Streik. Es finden nunmehr Verhandlungen statt.

m. **Das Steinwerfen der Schulkinder** nimmt, wie die Verrohung der Jugend überhaupt, stark überhand. Am Freitag abend hatten sich Jungens den Abendzug von Wesel beim Neutor als Ziel ausersehen. Ein Wagenfenster wurde zertrümmert und die Glassplitter verletzten einen Arbeiter, glücklicherweise nicht schwer, im Gesicht. Es ist hohe Zeit, daß dem gemeingefährlichen Unfug endlich einmal gesteuert wird.

c. **Jagdliches.** Der Bezirksausschuß Münster hat hinsichtlich des Beginns der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen im Jahre 1919 für den Regierungsbezirk Münster bestimmt, daß es bei der gesetzlichen Vorschrift sein Bewenden behalten soll. Hiernach sind Birk-, Hasel- und Fasanenhennen vom 1. Februar bis 15. September 1919 mit der Jagd zu verschonen.

r **Unsere Sammlungen.** Von einem Skatabend gingen für erblindete Krieger 2,75 Mark ein. Weitere Gaben werden dankend entgegengenommen.

b. **Musikverein.** Am vorigen Donnerstag hielt nach 4½jähriger Pause der Musikverein wieder eine Mitgliederversammlung ab. Trotz der schneidenden Kälte hatten sich zahlreiche Damen und Herren im Schützenhause eingefunden. Im Laufe des Krieges hat der Verein viele Mitglieder verloren: mehrere haben ihren Wohnsitz von Bocholt nach auswärts verlegt, neun hat der Krieg dahingerafft. Hoffentlich werden die entstandenen Lücken recht bald wieder ganz ausgefüllt. Zwar haben am Donnerstagabend 83 Damen und Herren ihren Beitritt zum Musikverein erklärt, aber da die würdige Aufführung eines größeren Chorwerkes auch eine große Anzahl von Sängern und Sängerinnen benötigt, so ist es sehr erwünscht, daß noch mehr Damen und vor allem Herren, deren Zahl vorläufig noch recht klein ist, sich zur Aufnahme in den Musikverein melden. Beitrittserklärungen nimmt Herr Musikdirektor Baur sowohl in seiner Wohnung als auch am Probeabend im Schützenhause entgegen. Die Gesangproben finden an jedem Donnerstagabend statt, und zwar beginnen sie für die Damen um ½8, für die Herren um 9 Uhr. Der Musikverein gibt sich endlich auch der sicheren Hoffnung hin, daß seine inaktiven Mitglieder sowie alle seine sonstigen Freunde und Gönner ihm ihre alte Anhänglichkeit bewahren werden.

e. **Der katholische Arbeiterverein St. Paulus** feiert am Sonntag, den 9. Februar, sein **46. Stiftungsfest.** Angesichts des Ernstes der Zeit wird die Feier einen religiösen Charakter haben. Zu dem Zweck findet bereits **Mittwoch, den 5.** (also nicht erst, wie es in den persönlichen Einladungen heißt, Donnerstag) abends 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche **religiöse Vorträge** statt, **desgleichen Donnerstag und Freitag,** wofür ein tüchtiger auswärtiger Redner gewonnen ist. Eine **Viertelstunde vor Beginn der Vorträge** wird der Rosenkranz gebetet. Auch die Mitglieder von St. Joseph werden daran teilnehmen. Desgleichen steht der Teilnahme der übrigen Männerwelt Bocholts nichts im Wege. Samstag abend findet kein Vortrag statt, um den Mitgliedern hinreichende Beichtgelegenheit zu bieten. Die Generalkommunion findet für den Arb.-Verein St. Paulus am Sonntag 7¼ Uhr in Liebfrauen statt. Sie muß einen Glanzpunkt des Festes bilden. **Nachmittags 4 Uhr** (also nicht um 5 Uhr) ist **Festandacht mit Predigt** in Liebfrauen und um 5 Uhr Festversammlung. Mögen die Mitglieder am Sonntag ihrem Verein die alte Treue zeigen und sich vollzählig um das alt ehrwürdige Vereinsbanner scharen.

g. **Deutscher Verein vom hl. Lande.** Kopf und Herz sind jetzt von der Sorge um das Vaterland in dessen schwerster Stunde so ganz erfüllt, daß wir nur ungern unsere Mitglieder auch noch mit Angelegenheiten unseres Vereins in Anspruch nehmen. Aber es ist geradezu ebenfalls eine **vaterländische** Sorge, die uns dennoch hierzu zwingt. Große Güter, wirtschaftliche Werte und höhere Interessen stehen gerade für die deutschen Katholiken jetzt im heiligen Lande auf dem Spiele. Es gibt nun aber leider zur Zeit niemand, der die Rechte der deutschen Katholiken verteidigen könnte, als unser Deutscher Verein vom heiligen Lande. Hat er auch keine Macht in Wehr und Waffen hinter sich, so kann und wird er doch Mittel finden ,um wenigstens in kräftigster Weise, sei es auf diplomatischem Wege, sei es durch die — erfahrungsgemäß in solchen Fragen nicht unwirksame — Vermittelung des heiligen Vaters, sei es durch andere Mittel die Rechte der deutschen Katholiken geltend zu machen. Unsere Mitglieder mögen hieraus ersehen, wie dringend wichtig es ist, daß der Deutsche Verein vom heiligen Lande gerade jetzt mit allen Mitteln erhalten und gekräftigt wird. Daß dies geschieht, ist Pflicht der deutschen Katholiken. Mögen sie auch weiterhin in großer Zahl dem Verein beitreten. mögen aber vor allem seine ihm schon angehörenden Mitglieder ihm die Treue bewahren, auch nach Kräften für ihn eintreten und werben.

An unsere Inserenten!

Infolge der ständig steigenden Unhosten sehen sich die unterzeichneten Zeitungsverlage gezwungen, dem Vorgehen der Zeitungen der Umgebung zu folgen u. den

Zeilenpreis um 5 Pf. zu erhöhen.

Der Kriegszuschlag von 15 % bleibt daneben bestehen.

Verlag des Bocholter Volksblattes
Verlag der Grenzwarte.

R. **Für unsere Kriegsgefangenen.** In allen Orten Deutschlands werden jetzt Ortsgruppen des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" gegründet. Der Zweck des Volksbundes ist, die beschleunigte Rückgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen von unseren Gegnern zu erwirken und in diesem Sinne die Oeffentlichkeit zu beeinflussen, bis zur Befreiung unserer Gefangenen oder deren Los nach Möglichkeit zu erleichtern. Auch hier in Bocholt ist die Gründung einer Ortsgruppe beabsichtigt. Für jeden Deutschen ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit muß es Ehrensache sein, den gefangenen Volksgenossen zu helfen. Darum meldet alle Euch zum Eintritt in die hiesige Ortsgruppe, eine Gründungsversammlung soll am Donnerstag abend stattfinden.

(!) **Das Recht auf Arbeit für Heimats- und Grenzschutztruppen.** Es herrscht bei Arbeitern und Angestellten vielfach die irrige Ansicht, daß ihre Rechte auf Wiedereinstellung bei ihren früheren Arbeitgebern verlustig gehen, wenn sie sich bei der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern oder zum Grenzschutz anwerben lassen. Es ist aber in den Bestimmungen über die Wiedereinstellung, Entlassung und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich betont, daß auch die zum Heimats- und Grenzschutz Verwendeten das Recht auf Wiedereinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimat- und Grenzschutzdienste geltend machen können.

Das von Arbeitern und Angestellten vielfach gehegte Bedenken bei Einreihung in jene Formationen ihr Anrecht auf Arbeit aufs Spiel zu setzen, ist somit gegenstandslos.

:: **Abänderung der Erwerblosen-Unterstützung.** Die bisherige Handhabung der Erwerbslosen-Unterstützung, die auf eine Verordnung vom 13. November 1918 zurückgeht, hat ganz unhaltbare Zustände geschaffen. Während Landwirtschaft und Kohlenbergbau aus Mangel an Arbeitskräften fast zu Grunde gehen, drängen große Mengen von Arbeitslosen, angelockt durch die hohen Sätze der Erwerbslosen-Unterstützung, in die Großstädte. Ihr Wahlspruch: „Warum arbeiten, wenn ich es besser haben kann," der unsere Produktion vernichtet, hat das **Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung** bewogen, das in den ersten Revolutionstagen entstandene Gesetz durch Verordnung vom 15. Januar 1919 neu zu regeln. Hiernach ist der Erwerbslose 1. verpflichtet, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen Körperkräften zugemutet werden kann und für die ortsüblicher angemessener Lohn bezahtl wird, 2. ist schärfer als bisher darauf hinzuwirken, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen andern Ort gezogen sind und dort jetzt keine Arbeit mehr finden, zu ihrem früheren Wohnort zurückkehren, 3. müssen die Gemeinden in ihrer bisherigen Freiheit die Unterstützungssätze nach Gutdünken zu bemessen, beschränkt werden, da bisher vielfach Unterstützungsgelder in einer Höhe gezahlt wurden, die zum Nichtstun anreizten, 4. werden die Gemeinden befugt, um verheirateten Erwerbslosen die Annahme von Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu ermöglichen, der zurückbleibenden Familie die Familienzuschläge der Unterstützung zu belassen.

Personalveränderungen im Geschäftsbereiche der Oberzolldirektion in Münster.

Beförderungen: Oberzollkontrolleur, Zollinspektor Ralfs in Münster zum Oberzollinspektor daselbst; Oberzollsekretär Hohl in Münster zum Oberzollkontrolleur daselbst; Zollsekretär Kaufmann in Gronau zum Oberzollkontrolleur daselbst; Zollsupernumerar Göckede in Münster zum Zollpraktikanten daselbst; Zollaufseher Sagewka in Paderborn zum Zollassistenten daselbst; Zollaufseher Müller in Ahlen zum Zollassistenten daselbst; Zollaufseher Hesse in Iserlohn zum Zollassistenten daselbst; Zollaufseher Fauth in Medebach zum Zollassistenten daselbst. — **Versetzungen:** Zollinspektor Hoyer in Ahlen in gleicher Eigenschaft nach Wetzlar; Oberzollsekretär Woeste in Münster in gleicher Eigenschaft nach Kassel; Oberzolleinnahmer Brötzmann in Gronau i. W. in gleicher Eigenschaft nach Ibbenbüren; Zollsekretär Bremer in Iserlohn in gleicher Eigenschaft nach Hannover; Zollassistent Pasch in Münster in gleicher Eigenschaft nach Lüdenscheid, ferner wurden in gleicher Eigenschaft versetzt die **Zollaufseher:** Ontrup in Dortmund nak Unna, Vent-Schmidt in Alstätte nach Gronau, **Mülot in Bocholt nach Carlshafen,** Karp in Glanerbrücke nach Hamm, Vorwerk in Lünten nach Gronau, Hertel in Vreden nach Siegen, **Veith in Stenern nach Bocholt, Niebergall in Anholt nach Fritzlar,** Oppermann in Alstätte nach Dillenburg, **Sebon in Suderwick nach Frankfurt am Main, Wöhlbier in Vreden nach Ransbach, Schinsky in Holtwick nach Bocholt; Amtsdiener Milz in Siegen in gleicher Eigenschaft nach Bocholt.**

Eine neuerliche Statistik der Waldbrände ergibt, daß derartige Brandschäden besonders stark in der Provinz Westfalen auftreten und alljährlich gewaltige Werte vernichten. Andererseits läßt die Statistik erkennen, daß von der Möglichkeit, die Verluste durch Versicherung zu decken, noch längst nicht genügend Gebrauch gemacht wird, trotzdem die betreffende Vereinbarung zwischen der Westf. Provinzial-Feuersozietät und der Landwirtschaftskammer hierzu günstige Gelegenheit bietet. Eine stärkere Inanspruchnahme der Waldbrandversicherung scheint im Interesse des privaten Waldbesitzes daher dringend erwünscht, zumal die allgemeine Zunahme der öffentlichen Unsicherheit im künftigen Sommer voraussichtlich auch bei den Waldbränden eine Vermehrung bringen wird.

---

m. **Spork,** 2. Februar. Eine Sammlung zum **Bau der neuen Kirche** ergab unter den Landwirten der Bauerschaft das stattliche Ergebnis von 70 000 Mark. Die Kirche soll auf dem Grundstück des Herrn August Mümkes erbaut werden, das in unmittelbarer Nähe des Gutes Schmeink liegt.

Vermischtes.

Wilhelmshöhe — ein Nationalpark.

Eine der ersten Petionen, welche die neue Nationalversammlung beschäftigen werden, hat die Umgestaltung des früheren kaiserl. Schlosses Wilhelmshöhe und seines herrlichen Parkes zum Gegenstand. Sie geht von dem Enkel des berühmten Komponisten Louis Spohr, dem Cassler Dichter Louis Wolff aus. Dieser appelliert darin an die Mitglieder der Nationalversammlung, es möge die Wilhelmshöhe zu einem deutschen Nationalpark gemacht werden. Das Schloß Wilhelmshöhe solle ein Ehrengasthaus für alle um das Vaterland verdienten Männer und Frauen und der über den ganzen Habichtswald erweiterte Schloßpark zu einer Erholungsstätte für Ruhe und Genesung Suchende werden. Die Kosten soll das Reich, die Verwaltung die Stadt Cassel übernehmen. — Schon vor dem Kriege war die Idee aufgetaucht, auf Wilhelmshöhe ein zweites Benreuth in Form einer „Bühne der Deutschen" zu errichten: durch den Aufenthalt Hindenburgs auf Wilhelmshöhe, der dies schon jetzt zu einem Wallfahrsorte weiter Kreise machte, sowie durch die infolge der politischen Veränderungen geschaffene Möglichkeit einer solchen Umgestaltung von Wilhelmshöhe finden diese Pläne eine gewisse Unterstützung.

Neueste Telegramme.

Die Friedenskonferenz.

Tschechen und Polen. — Die Rumänen.

WTB. Paris, 2. Febr. (Havas.) Amtlich. (Drhtb.) Die Vertreter der Großmächte sind gestern um 3 Uhr nachmittags zusammengetreten. Die Konferenz bewilligte den Wortlaut des vorläufigen Ausgleiches zwischen den Tschechen und Polen, wie er von den Delegierten der Mächte bezüglich des Techener Gebietes vorgeschlagen war. Die Anweisungen der interalliierten Kommission, die sich nach Polen begeben soll, wurden gleichfalls festgelegt und endgültig angenommen. Darauf wurden die Abgesandten Rumäniens, Bratianu und Michu, eingeführt. Bratianu legte eingehend die rumänischen Ansprüche dar.

Der Völkerbund verschoben!

TU. Amsterdam, 2. Febr. Nach einer Meldung des Temps sagte Pichon im Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, daß der Völkerbund auf den 1. Oktober verschoben sei.

Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden.

WTB. Paris, 2. Febr. (Havas.) Drhtb. Die Kammer nahm einstimmig das Gesetz über die Wiedergutmachung der Kriegsschäden an. Das Gesetz kommt zum 2. Male an den Senat zurück, nachdem die Kammer einige Abänderungen vorgenommen hat.

Beratungen in Königsberg.

TU. Königsberg, 2. Febr. Mit 7stündiger Verspätung sind am Samstag Nachmittag die Minister Hirsch und Ernst, die aus Berlin erwartet wurden, hier eingetroffen. Der Zweck der Reise war die Fühlungnahme mit den A.- und S.-Räten Ost- und Westpreußens. Die gestrigen vierstündigen Beratungen unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Batocki sowie die spätern Beratungen über die Verordnung über die Kommandogewalt nahmen einen breiten Raum ein und ergaben die völlige Einmütigkeit darüber, daß eine starke Volkswehr zur Sicherung unserer Ostgrenze gegen die von Bolschewisten und Polen drohenden Gefahren dringend notwendig ist.

Bolschewistischer Zwang gegen deutsche Kriegsgefangene.

WTB. Berlin, 2. Febr. Deutsche Kriegsgefangene zu bolschewistischer Propaganda gepreßt. Unter dieser Ueberschrift brachte ein Hamburger Blatt die Meldung, daß 20 000 deutsche Kriegsgefangene in Rußland als Instrukteure für die bolschewistische Propaganda gebraucht und 50 000 trotz deutscher Proteste von den Bolschewisten in die Rätearmee eingereiht worden wären. Wenn auch die beiden Zahlen schwerlich der Wirklichkeit entsprechen, so ist doch eine größere Anzahl der Kriegsgefangenen zu bolschewistischen Zwecken gepreßt worden. Diese Tatsache spricht für sich und zeigt zur Genüge die wirklichen „Freiheitsideale" des bolschewistischen Terrors.

Schweres Explosionsunglück in Belgien.

WTB. Brüssel, 31. Jan. Ein Munitionszug explodierte heute nachmittag zwischen Aubange und Longwy. 60 deutsche Kriegsgefangene, 3 Franzosen und ein amerikanischer Soldat wurden getötet und zahlreiche Personen verwundet. Das Unglück ereignete sich infolge der Unvorsichtigkeit eines Soldaten, der eine Granate fallen ließ.

Belgier und Amerikaner gegen die Berner Konferenz.

WTB. Paris, 2. Febr. (Havas.) Drhtb. Die belgischen und amerikanischen Delegierten zur internationalen Gewerkschaftskonferenz lehnten es ab, mit deutschen Delegierten in Fühlung zu treten und an der Berner Konferenz teilzunehmen.

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbene
Ehefrau Robert Flabwinkel
aue Spork
findet statt am Dienstag, dem 4. d. M., morgens ½ vor 8 Uhr in der St. Georgiuskirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Montag Mittag Fleischverkauf für die Nr. von 1101 bis zum Schluß.

Dietrich Lucas, Südmauer.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobach, und Anzeigenteil Franz Heggen, sämtlich in Bocholt, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame-

Statt jeder besonderen Anzeige.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden

Töchterchens

wurden hocherfreut

Dr. med. Märzhenser und Frau,
Hanna geb. Rensing.

Duisburg-Meiderich, den 31. Jan. 1919.
Hochstrasse 2.

Nach Gottes hl. Willen starb am 15. Jan. im Marienhospital zu Münster

Johanna Wilting

Schwester Ansfriedis,

unsere vielgeliebte Tochter und Schwester im Alter von 24 Jahren.

Die Verwandten und Bekannten bitten wir, um ein stilles Gebet für die liebe Verstorbene.

Bocholt, im Januar 1919.

Die tiefbetrübten Angehörigen:
Gerhard Wilting
und Tochter
Anna Wilting.

Das Seelenamt für die Seelenruhe wird am Mittwoch, dem 5. Februar, morgens um 7¾ Uhr in der Pfarrkirche zu Barlo gehalten, wozu freundlichst eingeladen wird.

Kartoffelversorgung.

Anschließend an die Kartoffelausgabe vom 8. Januar werden an sämtliche **Haushaltungen, die nicht eingekellert haben,**

je Person 1 Zentner Kartoffeln zum Gesamtpreise von 7,— M.

am Lager der Firma Cosmann Cohen & Co., Industriestr, in nachstehender Reihenfolge verausgabt:

Lebensmittelbuchnummern:			
1—1200	am Dienstag,	4. 2. 19,	vormittags von 8½—12 und nachmittags v. 1—4½ Uhr.
1201—2400	„ Mittwoch,	5. „ „	
2401—3600	„ Donnerstag,	6. „ „	
3601—4800	„ Freitag,	7. „ „	
4801—Schluß	Samstag,	8. „ „	

Die **Bezahlung** hat **gegen Vorlegung der Kartoffelkarte** vorher **in abgezähltem Gelde** an der **Kasse des Lebensmittelamts, Kirchstraße, Zimmer 6,** während der Kassenstunden **vormittags von 8½—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr,** zu erfolgen.

Bocholt, den 8. Februar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Gemäß Verfügung der Ortspolizeibehörde zu Bocholt vom 28. Januar 1919 wird der Metzgermeister Bernhard Soestmeyer in Bocholt, Langenbergstraße 4, vom 17. Februar 1919 an wieder zum Handel mit Vieh, Fleisch und Fleischwaren zugelassen.

Bocholt, den 28. Januar 1919.

Die Ortspolizeibehörde:
Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung betr. Schuhausbesserung.

Montag, den 3. Februar, und Dienstag, den 4. Februar ds. Js., vormittags von 9—12 Uhr findet im Rathause, Zimmer Nr. 10, Annahme der Schuhe statt. In Frage kommen die **Nummern 2333 bis 2383** der gelben Kontrollkarten.

Bocholt, den 31. Januar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Erwerbslosenfürsorge Amt Rhede.

Die Meldung der Erwerbslosen des Amtes Rhede hat am Montag, dem 3. Februar 1919 zu erfolgen und zwar

Nr.	1—100	der Ausweiskarte v.	½9—½10 Uhr
„	101—200	„ „	½10—11 „
„	201—275	„ „	11—12 „
„	276—375	„ „	3—4 „
„	376 bis Ende	und noch nicht nummerierte Karten von 4—5 Uhr.	

Neuanträge werden nur von 5—6 Uhr angenommen.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister Abt. A Nr. 327 ist heute die Firma

Bernhard Reichenberg in Bocholt

und als deren Inhaber der Kaufmann Bernhard Reichenberg in Bocholt eingetragen worden.

Bocholt, den 28. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Grundstücksverkauf.

Die zum Nachlaß der Wwe. Dr. med. Th. Hagedorn gehörenden, zu Bocholt an der Nordallee gelegenen **Grundstücke:**

Flur 15	Parzelle Nr.	5.	groß	90,55	ar
„ 15	„ „	410/2	„	89,86	„
„ 15	„ „	411/3	„	5,96	„
„ 15	„ „	7/4	„	15,88	„
„ 15	„ „	418/4	„	1,05	„
„ 15	„ „	419/6	„	13,38	„
„ 15	„ „	421/6	„	2,06,29	ha

vorzüglich geeignet zu **Bauplätzen** sind ganz oder geteilt von mir zu kaufen.

Die näheren Unterlagen und Bedingungen können auf meinem Büro eingesehen werden.

Der Testamentsvollstrecker:
Sarrazin, Rechtsanwalt.

Bekanntmachung.

Die jetzigen blauen Brotzusatzmarken für Schwerstarbeiter und weißen Brotzusatzmarken für Schwerarbeiter der Stadt Bocholt verlieren mit dem 1. Februar 1919 ihre Gültigkeit.

Bäcker und Händler mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß auf die genannten Marken, also solche die mit SS und S bezeichnet sind, Brot oder Mehl nicht mehr verabfolgt werden darf.

In den ersten Tagen werden an die nach den neuen Bestimmungen noch Zulageberechtigten neue Marken ausgegeben und zwar für Schwerstarbeiter aus rotem, für Schwerarbeiter aus grünem Papier, mit der Bezeichnung „Neue Marken vom 1. 2. 19." Firmen, die noch zulageberechtigte Arbeiter beschäftigen, werden diese neue Marken zugestellt.

Fett- und Fleischzusatzmarken für Rüstungsarbeiter verlieren mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit.

Bocholt, den 1. Februar 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Abgabe von Eiern im Wirtschaftsjahr 1919.

Durch Erlaß des Preußischen Landesamtes für Nährmittel und Eier vom 23. Dezember 1918 ist auch für das am 1. Februar beginnende Eierwirtschaftsjahr 1919 die Abgabe von Eiern wieder angeordnet worden. Die Hühnerhalter sind daher vom 1. Februar 1919 ab zur Abgabe von Eiern verpflichtet und ist die unmittelbare Abgabe von Ueberschußeiern an Verbraucher nach dem 31. Januar 1919 **nicht** mehr zulässig. Die im Jahre 1918 erlassenen Anordnungen bleiben auch für das Wirtschaftsjahr 1919 bestehen. Die Mitteilungen über die Veranlagungen für 1919 werden in nächster Zeit den Hühnerhaltern zugestellt, jedoch sind die Sammelstellen und die Eier-Aufkäufer mit Quittungskarten für Februar schon versehen, sodaß die Ablieferung der Eier vom 1. Februar d. Js. ab ordnungsmäßig erfolgen kann.

Borken, den 28. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Lieferung von Entlassungsanzügen.

Dem Kreise ist durch die Reichsbekleidungsstelle eine beschränkte Anzahl Anzüge und Mäntel, hergestellt aus getragenen Militär-Röcken, -Hosen und -Mänteln, zur Versorgung der **bedürftigen** Krieger zur Verfügung gestellt werden, die **vor** dem 9. November 1918 aus dem Heeresdienst entlassen wurden. Nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 18. Nov. 1918 wird an Krieger, die am 9. Nov. 1918 und später aus dem Heeresdienste ausscheiden, ein Entlassungsanzug durch die Heeresverwaltung verabfolgt. Diese können bei der jetzigen Verteilung durch den Kommunalverband **nicht** berücksichtigt werden.

Die Anzüge und Mäntel sind aus getragenen Uniformen hergestellt und in bürgerliche Kleidung umgearbeitet worden. Sie sind gut und dauerhaft gearbeitet und liefern einen brauchbaren **Arbeitsanzug.** Da zur Ermäßigung des Preises ein Zuschuß aus die Reichskasse gezahlt wird, können die Bekleidungsstücke zu einem mäßigen Preise abgegeben werden. Es können nur ganze Anzüge entnommen werden. Ein Anzug (es handelt sich um Joppenanzüge) wird für 80 Mk., ein Mantel für 30.75 Mk. abgegeben.

Bedürftig ist, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derart unbemittelt ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den da für üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann.

Alle bei denen diese Voraussetzungen nicht vorliegen, sowie solche, die bereits während des Krieges von den Altkleiderannahmestellen des Kreises mit Kleidungsstücken versorgt wurden, haben keinen Anspruch auf die jetzige Zuteilung.

Mit der Entgegennahme der Anträge sind die Ortsbehörden beauftragt, die auch sonst den Entlassenen die erforderlichen Auskünfte über die Regelung der Versorgung geben. Bei diesen sind die Gesuche unter Vorlegung der Entlassungspapiere und unter Angabe der gewünschten Kleidungsstücke bis spätestens **30. Januar 1919** zu stellen. Diesseits werden die Anträge sodann geprüft und den Bezugberechtigten die Bedürftigkeitsbescheinigungen zugestellt. Die Kleidung darf nur gegen Hingabe dieser Bescheinigung und eines ordnungsmäßig ausgefertigten Bezugscheines veräußert werden. Innerhalb 8 Tagen nach Erhalt der Bedürftigkeitsbescheinigung ist die Ware abzuholen. Die Abgabe der Anzüge und Mäntel erfolgt für die Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Liedern-Werth Rhede und Dingden bei **J. B Ziffer Bocholt, Nordstr.,** für die Stadt Borken, und die Aemter Marbeck-Raesfeld, Gemen-Weseke, Velen, Ramsdorf, und Heiden-Reken bei **Hülskamp Borken, Wildeckstraße**

Bei der Entgegennahme der Anzüge und Mäntel ist ebenfalls der Militärpaß vorzulegen.

Borken, den 15. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

! Bitte !

Die blonde Dame, welche am Freitag gegen 5 Uhr abends in der Ravardistraße in der Gegend der Restauration Lindenhof von einem Soldaten per Rad getroffen wurde und in der Richtung zur Kurfürstenstraße ging, wird um ihre Adresse gebeten unter 213 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bin in meiner Praxis von jetzt ab ständig tätig.

20 Jahre im Fach

In Berlin, Wien, Budapest, Hamburg tätig gewesen

Spezial-Laboratorium
für nur feinsten Zahn-Ersatz.

Kronen, Brücken usw.

Zahn-Praxis Georg Bohne

Ravardistraße 22a, wo Herr Zahnarzt Brünemann praktiziert hat. — Tel. 314.



Zwei tragende Stuten und ein guter Wallach

zu kaufen bei

Landwirt Wilhelm Boland,
Beckingboer, Spork b. Bocholt.

Meine in der Wenden- und Franzstraße gelegenen

zweistöck. Wohnhäuser

sind unter der Hand zu kaufen.

H. Scholten.

Neu! **Neu!**

Dauerlöscher

ohne Löschpapier
D. R. P. a. D. R. G. M.

Der Dauerlöscher löscht jahrelang fast ohne jede Abnützung. Immer gebrauchsfertig ohne jede Erneuerung der Löschmasse. Verwischt nie die Schrift. Der Dauerlöscher wird in Kürze das täglich teurer und schlechter werdende Löschpapier verdrängen.

Besondere Vorzüge: Größte Sparsamkeit, da der Löscher einfach abgerieben werden kann. — Sauberkeit und Zuverlässigkeit da größte Saugfähigkeit. — Billigkeit. da eine Erneuerung der Löschmass unnötig.

Preis 2.— Mark.

J. & A. Temming, Bocholt
Joh^s Bläser, Borken i. Westf.

Neu! **Neu!**

Trockene

Tannen-Buschen

hat abzugeben

H. Scholten.

Derbe

Arbeits-Schuhe

neu besohlt billig zu verkaufen.
Urbachshäuser 46.

Ein Herren-Fahrrad

mit Gummi-Bereifung zu verkaufen.

Tenkingstraße 4
(Hochfeld).

---

8 fast neue

Herren-Fahrräder

mit guter Gummibereifung **zu verkaufen.**

Albert ter Bert,
Schmiedemeister, Sport.

Wie ein Wunder

beseitigt
San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe**
jeden Hautausschlag, Flechten, **Hautjucken,** besond. **Beinschäden, Krampfadern** der Frauen u. dergl.
In Orig.-Dosen zu Mk. 1.25 u 7.50 erhältl. in der **Elefanten-Apotheke,** Berlin SW. 19, Leipziger Str. 74 (a. Dönhoffplatz)

Zum 1. März ein zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Frau Eduard Ketteler,
Osterstr. 1.

Zum 1 Mai in einer Wirtschaft ein fleißiges, kath.

Mädchen

für alle Hausarbeit gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Für kinderlosen Haushalt wird zum 1. Mai ein braves kathol.

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren gesucht.

Dasselbe muß sämtl. Hausarbeiten verstehen, sowie abwechselnd im Laden und Wirtschaft aushelfen.

Näheres Geschäftsstelle

Für kleinen Haushalt in Duisburg wird zu sofort ein gutempfohlenes

Küchenmädchen

gegen hohen Lohn gesucht.
Näheres **Nobelstr. 23.**

Unbewohnte möblierte

Wohnung

für kurze Zeit sofort gesucht in Bocholt oder Umgebung.

Angebote unter **B 87** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

3-4 Zimmer-Wohnung

sofort oder zum 15. Febr.
zu vermieten.
Näheres Geschäftsstelle.

Arbeiter-Wohnung

in der Schützenstraße
(Küche, 2 Zimmer, Aufkammer, 2 Dachzimmer, Stallung) ist
zu verkaufen.
Aug. Vallée

Eine

Unter-Wohnung oder Einzelhaus

von 5—6 Räumen inmitten der Stadt oder nähe Ravarditor, von Dauermieter zu mieten gesucht.

Offerten nebst Preis unt **B. 86** a. d. Geschäftsstelle.

Einfamilien-Wohnhaus

nicht unter 9 Räumen mit Zubehör ab 1. April oder später zu kaufen gesucht.

Offerten unter **Ks. 9980 beförd. Rudolf Mosse, Essen.**

Neue Alaska Fuchs-garnitur

preiswert zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein fast neues

Damen-Fahrrad

mit sehr guten Reifen zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Fast neue, 4-sitzige

Chaise

für 800.— Mk. zu verkaufen.
Gerh. Hübers, Mühle, Suderwick.



Städt. freiwillige Feuerwehr Bocholt

Am Montag, dem 3. Febr., abends 8½ Uhr
im Vereinslokale „Bürgerkrug":

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Begrüßung der heimgekehrten Kameraden.
2. Verteilung von Verbandsdiplomen.
3. Besprechung über Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder, besonders die heimgekehrten Kameraden, werden gebeten, pünktlich zu erscheinen (ohne Uniform).

Diejenigen unserer Mitbürger, welche sich für das Feuerlöschwesen interessieren, werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Maschb.-u. Elektr.-Ing.-Werkm. Abt.
Dir. Prof. Huppert

IRA-Damenbinden
empfiehlt
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22 Fernruf 118.



2 Ponys

zu verkaufen.
Bienenhorster Weg 20.

Ein schweres, hochtragendes

Rind

hat zu verkaufen
Joh. Elsinghorst, Stenern.

Kaufe etliche gutgenährte

Schafe

(auch Böcke) zu hoh. Preisen.
Lehrer **Harbering,**
Loikum.

Ein guter

Wachthund

zu kaufen gesucht.
Franz Beckmann & Co.

Ein

Portemonnaie

mit Geld gefunden.
Abzuholen
Museum 105.

Am Dienstag abend gegen 7 Uhr ein

Damen-Velourhut

verloren vor der Wohnung von Marlie, Münsterstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben bei
Herm. Wolff, Ostwall 7.

Freitag zwischen 10—11 Uhr ist aus meiner Wohnung ein

Paket mit Nesselfutter und ein grauer Mantel

entwendet worden. Falls die Sachen in 8 Tagen nicht zurückgebracht werden, erfolgt Anzeige. Der Täter wurde erkannt; er war ohne Holzschuhe und verließ meine Wohnung durch die letzte Tür an der Langenbergstr.

Eckenbach,
Nordstr. 14.